

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER

POWER TO THE PEOPLE – DREI MAL!

«Power to the people», also das Ziel «Energie und Macht für die Leute», ist auf drei Ebenen zu denken. Zur direkten Verfügungsgewalt über die Energieerzeugung müssen die Konsumentenmacht und die Regulierungsmacht hinzutreten, zur bewussten Gesellschaftlichkeit der Markt und die staatlich-politische Regulierung. Ausgehend von unserer Analyse unterschiedlicher Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise¹, soll im Folgenden dargestellt werden, auf welche Art und Weise diese drei Orientierungen den drei grundlegenden Denkrichtungen «Systemwandel», «Systemmodernisierung» und «Phasenwechsel» entspringen. Alle drei haben ihre spezifische Perspektive auf gesellschaftliche Ursachen der ökologischen Krise und bauen darauf ihre Lösungsvorschläge mit einer gewissen Berechtigung auf. Sie können aber durchaus ein kohärentes Ganzes ergeben.

Ein zentrales Ziel sozial-ökologischer Transformation ist eine soziale und ökologische Energieversorgung. Die Linke kritisiert dabei die immer hegemonialer werdende kapitalismus-immanente Strategie eines Green New Deal, der technologische Innovationen beflügeln soll, als Wachstumsmotor dringend gebraucht wird, aber die sozialen Verhältnisse weitgehend unberührt lassen soll.

Statt dessen orientiert die Linke auf «Power to the people»: Die Menschen sollen die Sache in die eigenen Hände nehmen, Energie in eigener Verantwortung produzieren und nutzen, etwa in Form von Genossenschaften oder im Rahmen von Stadtwerken (Rekommunalisierung). Die Hoffnung der Linken dabei: Ein Stück mehr direkte Verfügungsgewalt über Produktionsmittel unterläuft die kapitalistische Struktur und ist ein Einstieg in eine postkapitalistische Gesellschaft. Dieser Prozess ist kein Wunschdenken – er läuft bereits: Es mehren sich örtliche Initiativen für Rekommunalisierung, auch einige Genossenschaften werden gegründet.

Genossenschaftliche bzw. kommunale Energieerzeugung werden jedoch nicht alleine ausreichen. Auch sie sind einem liberalisierten Energiemarkt ausgesetzt – in mehrfacher Hinsicht: In den allermeisten Fällen können die benötigten Strom- und Wärmemengen nicht komplett regenerativ vor Ort erzeugt werden, muss (regenerative) Energie hinzuge-

kauft werden. Zweitens brauchen auch Genossenschaften hochtechnologische Anlagen zur Umwandlung von Energie (z. B. Fotovoltaikmodule, Windkraftanlagen, Regelungen), die sie auf dem Markt von Konzernen kaufen müssen. Drittens stehen sie in Konkurrenz zu bundesweit bzw. EU-weit agierenden Konkurrenten, auch bei Ökostrom. Schon jetzt nutzen viele ökologisch engagierte Menschen ihre Macht als Kunde und beziehen ihren Strom von bundesweit agierenden Ökostromanbietern wie Greenpeace, Lichtblick etc. Stadtwerke und Genossenschaften müssen zwar nicht den Profit von Privaten erwirtschaften und können tendenziell günstiger anbieten. Mögliche sozial und ökologisch ausgerichtete Tarife (z. B. mit kostenlosem Grundbedarf und verteuertem «Luxus»-Konsum bei Vielverbrauch) werden es aber unter dem Druck eines liberalisierten Marktes schwer haben. Ein Strom- oder Gaswechsel zum gewünschten Anbieter erfordert nicht viel mehr als einen Mausklick und würde im Falle größerer Preisdifferenzen von den Vielverbrauchern genutzt werden – «Power to the people» als König Kunde. Nicht jeder hat zudem Zeit und Interesse an einer genossenschaftlichen Kooperation zum Zwecke der Energieerzeugung, sondern möchte einfach nur Strom und Wärme erhalten und sich ansonsten mit anderen (notwendigen und schönen) Dingen des Lebens beschäftigen.

Hinzukommen müsste daher eine ökologisch und sozial ausgerichtete Regulierung des Energiemarktes als weiteres Element von «people power». Dazu gehören z. B. eine Weiterentwicklung der garantierten Einspeisevergütungen im Rahmen des EEG, die Verteuerung fossiler Energie durch eine spürbare Besteuerung von CO₂ bei paritätischer Ausschüttung der Einnahmen an alle Bürger (Öko-Bonus), eine Pflicht zum Anbieten von Sozialtarifen bzw. kostenloser Grundversorgung. Solche ökologischen und sozialen Regeln für alle Anbieter haben positive Wirkungen auf die Bedingungen von Genossenschaften. Sie können sich dann in einem liberalisierten Markt besser behaupten. Dessen positiven Gehalte,

¹ Frank Adler/ Ulrich Schachtschneider: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München 2010.

die Freiheit des Anbieterwechsels, würden in einem neuen sozialen und ökologischen Kontext aufgehoben. Das emanzipative Ziel einer «freien Kooperation» (Christoph Spehr) rückt so näher, ohne soziale und ökologische Verwerfungen unregulierter Märkte.

Mit der genossenschaftlichen Selbstorganisation, der individuellen Nachfragemacht und der staatlich-politischen Regulierung existieren drei Ebenen der «people power», die auch als Zivilgesellschaft, Markt und Staat gefasst werden können. Was rechtfertigt gerade diese Ebenen? Mit welchen Begründungen lassen sie sich als notwendige Bestandteile eines gesellschaftlichen Weges aus der Ökonomie behaupten? Auf welchen tieferliegenden Denkrichtungen, auf welcher Analyse der Ursachen der ökologischen Krise, im Besonderen hier der dafür zentralen Energiekrise, basieren diese drei Ebenen der «people power»? In unserer Analyse¹ unterschieden wir drei grundlegende Denkrichtungen, die sich nach dem Kriterium «Radikalität der vorgeschlagenen Gesellschaftsveränderung» unterscheiden lassen: «Systemwechsel», «Phasenwechsel» und «Systemmodernisierung».

POWER TO THE PEOPLE (1):

BEWUSSTE GESELLSCHAFTLICHKEIT

Die erste Denkrichtung besteht aus fundamentalen Kritiken des Kapitalismus, teilweise auch der Moderne insgesamt. Aus radikal herrschaftskritischer Sicht etwa steht die Machtposition von Konzernen grundsätzlich einer emanzipativ orientierten Lösung der ökologischen Krise, ergo auch der Energiefrage, entgegen. Um dem Akkumulationsimperativ zu genügen, sind sie gezwungen zur technokratischen Naturnutzung. Sie zerlegen Natur in ihre Bestandteile (z. B. Atomkerne, Gene), um sie in neu zusammengesetzter Form an abhängige Konsumenten verkaufen zu können. Die Menschen können nur das industrielle Endprodukt (mit Atomspaltung hergestelltem Strom, genetisch verändertes Saatgut) kaufen, ohne die Chance auf Eigenproduktion zu haben. Der Akkumulationsimperativ zwingt die Konzerne zudem zum Wachstum: Sie müssen Interesse an einer Ausweitung der Stromproduktion haben, werden stromverbrauchende Nutzungen befördern (früher die Elektroheizungen, heute das Elektroauto). Auf Basis dieser Inwertsetzung von Natur, auf Basis dieser Wertvergesellschaftung erübrigt sich jeglicher Versuch der Herstellung bewusster Gesellschaftlichkeit: Die Stromkonzerne können nicht durch vernünftige Kritik auf den Pfad ökologisch verantwortbarer Produktion gebracht werden. Herrschafts- Kapitalismus- und Wertkritik setzen gegen technokratisches Management, Wachstum und Wertvergesellschaftung auf das Selber machen: Ein nicht-herrschaftliches Naturverhältnis und bewusste Gesellschaftlichkeit kann nur in den selbstbestimmten Produktionsverhältnissen der Energiegenossenschaften und rekommunalisierten Stadtwerke entstehen. Die beteiligten Mitglieder bzw. die Bürger werden sich – so die Hoffnung – respektvoll gegenüber der Natur verhalten, indem sie ihre Energie behutsam aus lokal verfügbaren erneuerbaren Quellen wie Wind, Sonne, Biomasse, evtl. lokale Wasserkraft u.a. erzeugen. Ihre Strategie der Energieproduktion werden sie in einem partizipativen, basisdemokratischen Prozess planen, unabhängig von Verwertungsgesichtspunkten.

POWER TO THE PEOPLE (2):

KONSUMENTENMACHT

Entgegengesetzt ist die zweite Denkrichtung, der Ansatz der ökologischen Modernisierung des kapitalistischen Systems. Was bei den Fundamentalkritikern als aufzuhebende Ursachen für die Ökonomie bekämpft wird, sind hier gestaltungsfähige Voraussetzungen, um sie zu bewältigen: Kapitalverwertung, industrielle Effizienz und Konkurrenz gelten als Triebfedern für grüne Innovationen. Der ökologische «Fehler» wird lediglich in einer Störung im industriellen Stoffwechsel mit der Natur gesehen. An der Schnittstelle Mensch-Natur befinden sich unzureichend an Naturkreisläufen angepasste Technologien und Produkte, etwa die fossilen Energien. Der Schlüssel liegt daher in neuen Technologien, die den industriellen Stoffwechsel so verändern, dass er konsistent ohne schädliche Nebenwirkungen in Naturprozesse integriert wird. Dazu bedarf es technologischer Umweltinnovationen, die notfalls auch steigende Stoffumsätze naturverträglich gestalten können wie etwa die Nutzung regenerativer Energien. Für einen solchen Wandel müssen die Innovationskräfte des Marktes gestärkt werden. Dazu dient ein liberalisierter Energiemarkt. Erst durch ihn haben sich in den letzten zwanzig Jahren die technologischen Basisinnovationen im Energiesektor, die Windkraftwerke, Warmwasser-Solaranlagen, Fotovoltaikmodule, Biogaskraftwerke etc. zur anwendungsreifen entwickelt und den Durchbruch geschafft. Innovative Unternehmen müssen weiter ihre Öko-Technologien auf einem diskriminierungsfreien Markt mit gleichem Zugang zum Netz anbieten können, innovativ orientierte Versorger (z. B. Lichtblick, greenpeace energy) sich um ökologisch und ökonomisch orientierte Kunden bemühen. Der liberalisierte Markt mit der «people power» des ökologisch orientierten Königs Kunde schafft Anreize für die dringend benötigte weitere Entwicklung von Effizienz- und Konsistenztechnologien. Und nebenbei: Wenn nur die Hälfte der 70% Atomkraftgegner ihr Kreuz an der richtigen Stelle machen würde, nämlich im Internet bei einem anderen Stromanbieter, wäre die Laufzeitverlängerung schnell vom Tisch. Durch den freigegebenen Markt ist keiner mehr gezwungen, Atom- oder Kohlestrom zu kaufen.

ZÄHMUNG DES SYSTEMS: «PHASENWECHSEL»

Die dritte Denkrichtung lässt sich hinsichtlich der Radikalität der vorgestellten Gesellschaftsänderung zwischen «Fundamentalkritik» und «ökologischer Modernisierung» einordnen. Die Ursachen für die ökologische Krise werden zwar im Versagen grundlegender Funktionsprinzipien und Regulationen des gegenwärtigen Kapitalismus bzw. der gegenwärtigen Moderne gesehen. Die Antwort darauf besteht jedoch nicht in deren kompletter Abschaffung, sondern in einer gravierenden Modifizierung, der Einleitung einer fundamental neuen Phase. Der Innovationsdrang soll in eine soziale und ökologische Richtung gelenkt, das Wachstum durch eine Suffizienzkultur unterlaufen, die patriarchale Trennung des Produktiven vom Reproduktiven aufgehoben, die abgehalfterten politischen Institutionen durch partizipative Arrangements ergänzt werden. Ob diese gravierenden Änderungen der Struktur des Kapitalismus diesen erst wieder richtig zur Blüte bringen oder aber sein Ende einläuten, kann aus Sicht dieser Denkrichtung erst aus der Retrospektive beurteilt werden. In jedem Fall aber handelt es sich um eine Zurückdrängung der kapitalistischen

Prinzipien der Kapitalverwertung und der Wertvergesellschaftung, die – auf verschiedene Weise – gezähmt werden. Im Folgenden werden zunächst kurz vier Ansätze für einen derartigen Phasenwechsel vorgestellt: Kultur des Weniger, reproduktive Ökonomie, Zweite Moderne, sozial-ökologische Regulation.²

Die Wachstumskritik orientiert auf eine «Kultur des Weniger», auf die «Eleganz der Einfachheit» etc. und setzt dabei auf eine Verringerung der eigenen Belieferungsbedürftigkeit. Die eigenen Bedarfe sollen nicht mehr vollständig durch Erwerbsarbeit erfüllt werden. Die Einbindung in den geldgesteuerten globalen Markt soll partiell einer Orientierung auf nicht-monetarisierte und stärker selbstbestimmte, erfüllendere Tätigkeiten wie «Lebensarbeit»³, Bürgerarbeit, Eigenarbeit weichen. Erwerbsarbeit und damit die Arbeitsteilung soll auch deswegen zurückgedrängt werden, um den Ursachen eines kompensatorischen und auf immer neue Selbstverwirklichungsversuche ausgerichteten Konsums entgegenzutreten. Aus Sicht einer nicht dezidiert antikapitalistisch orientierten Wachstumskritik⁴, die aktuell relativ stark an Zustimmung gewinnt, wird das Prinzip des Eigentums und des Marktes nicht generell abgelehnt, sondern als reformbedürftig angesehen. Durch diesen kulturellen Wandel zur Suffizienz, zur stärkeren Gemeinschaftsorientierung, zum Einfachen, werden die Modernetendenzen der Wertvergesellschaftung, der Individualisierung, der Expertenhegemonie, der Innovations- und Technikgläubigkeit etc. nicht abgeschafft, aber in ihrem Wirkungsradius begrenzt.

Nach dem Ansatz der (Re)produktivität⁵ ist die ökologische Krise eine Krise der Trennung in hoch bewertete, sozial männliche «produktive» und bisher gering geschätzte, sozial weibliche «reproduktive» Tätigkeiten. Sie spiegelt sich in der industriegesellschaftlichen Dominanz von «produktiver» Arbeit, Kapital, Technik gegenüber der «reproduktiven» Natur. Letztere wird ökonomisch ebenso gering bewertet wie die Fürsorgearbeit. In einer (re)produktiven Ökonomie dagegen ist das bewusst erhaltende Gestalten aller Produktivitäten oberste Maxime. Anhand von sozial-ökologischen Kriterien – demokratisch, diskursiv, partizipativ fixiert – wird der (Re) Produktionsprozess reguliert. Die Steuerung über Märkte kann dabei in dafür als geeignet angesehenen Sektoren als Hilfsmittel fungieren. Es wird ausgehandelt, welche Bereiche privat und welche gemeinschaftlich oder genossenschaftlich zu bewirtschaften sind.

Die von Ulrich Beck geprägte Theorie der reflexiven Modernisierung bzw. der Ansatz «Zweite Moderne» konstatiert das Versagen der Basisinstitutionen der ersten (Industrie-) Moderne. Dazu zählt wesentlich die Tendenz der funktionalen Differenzierung, d. h. die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in voneinander getrennte Subsysteme mit ihren Eigenlogiken, aber auch der Glaube an wissenschaftlich-technischen Fortschritt oder eine nationalstaatlich orientierte Politik. Diese Basisinstitutionen sind jedoch nicht gänzlich abzuschaffen, sondern zu reformieren durch Ergänzung. Eine «grüne Moderne» akzeptiert die Ambivalenz, ein «Sowohl als Auch» von Institutionen der klassischen Moderne und Elementen ihrer Kritik. Wissenschaftliches Expertenwissen wird ergänzt durch Erfahrungswissen, zivilgesellschaftliche Akteure werden in die politischen Gremien integriert, die individuelle Entscheidung eines Unternehmens oder Konsumenten wird Gegenstand öffentlichen Diskurses. Vor allem die funktionale

Differenzierung, die zur «organisierten Verantwortungslosigkeit» (Beck) führt, wird dadurch beschränkt, ohne sie abzuschaffen. Eine solche Kombination von Prinzipien der ersten Moderne (Repräsentation, Wertvergesellschaftung) mit ihrer Kritik (Bürgerbeteiligung, unmittelbare Gesellschaftlichkeit) stellt auch das Konzept der gesellschaftlich eingebetteten, sozial orientierten Kapitalverwertungsunternehmen dar. Mittels Beteiligung der Bürger an der Steuerung von Unternehmen soll für eine Koevolution von Ökonomie und Lebenswelt gesorgt werden.⁶

Am umfassendsten – und vielleicht auch theoretisch anspruchsvollsten – nimmt der Regulationsansatz diese Ansprüche einer Synthese von Kritik und Aufhebenswertem auf. Nach ihm ist die ökologische Krise Ausdruck einer ungeeigneten Art und Weise der Regulation⁷ des Kapitalismus. Dies gilt besonders für die seit Mitte der 1970er Jahre andauernde neoliberale Phase. Die ökologische Frage ist zwar erstmalig in die politische Ökonomie eingebunden worden, etwa durch ökonomische Anreize zur Einführung regenerativer Energien. Der ökologische Fußabdruck wurde aber noch größer als in der vorangegangenen Phase des Fordismus. Durch die globalisierte Konkurrenz werden Umweltstandards unterlaufen, der Transportenergieaufwand erhöht und die letzten Winkel des Globus nach Ressourcen durchforstet. Die Herrschaft der Finanzmärkte verdrängt Investitionen in ökologische und langfristig wirkende Projekte, steigende Einkommensungleichheiten und andere gesellschaftliche Spaltungen behindern einen ökologisch orientierten Wertewandel. Grundsätzlich ist aber keine bestimmte Regulation des Kapitalismus durch irgendwelche ökonomischen oder sonstigen Entwicklungsgesetze «vorgeschrieben». Alain Lipietz, einer der Begründer des Regulationsansatzes, hält daher die Entschärfung der ökologischen Krise auch innerhalb des Kapitalismus im Rahmen einer alternativen Regulation für möglich.⁸ Sie umfasst Elemente wie Konsumreduktion bei materiellen Gütern, Öko-Technologie, globale und lokale ökologische

² Ausführlicher stellen wir diese (und andere) Denkrichtungen vor in: Adler/ Schachtschneider 2010. ³ Mit Lebensarbeit ist nach Gerhard Scherhorn gemeint: Arbeit an sich selbst, Arbeit an Freundschaft, Familienarbeit, Bürgerarbeit, Muße sowie Arbeit am Sinn. ⁴ Vgl. Niko Paech: Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Marburg 2005; vgl. BUND/VEED (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Frankfurt a.M. 2008. ⁵ Adelheid Biesecker / Sabine Hofmeister 2006: Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktions-theoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung. München 2006. ⁶ vgl. Rainer Land: Moderner Sozialismus als Evolutionstheorie. In: Luxemburg 2/2010. Allerdings kritisieren Michael Brie/ Dieter Klein (im selben Heft) diesen Ansatz, da er die Dominanz der Kapitalverwertung nicht beseitigt und dies immer kolonisierend auf Staat und Gesellschaft wirkt. ⁷ Die Regulation beschreibt die Einbettung der Gesellschaft in die ökonomische Struktur einer bestimmten historischen Phase des Kapitalismus. Nach dem Regulationsansatz leitet sich die restliche Gesellschaftsstruktur jedoch nicht einfach aus den Akkumulationsnotwendigkeiten ab, wie es häufig im Rahmen einer reduktionistischen Interpretation der Marxschen Kapitalismusanalyse vorgetragen wird. Das Akkumulationsregime als historisch-spezifische ökonomische Struktur ist nicht die gesellschaftliche Basis, von der aus sich etwa die Politik, die Wissenschaft, die Kultur als reine Überbauphänomene zwangsläufig ergeben. Neben dem Akkumulationsregime existiert mit der Regulationsweise eine gleichrangige, eigenständige Quelle gesellschaftlicher Struktur, ohne die das Akkumulationsregime nicht stabil wäre. Lipietz versteht unter einer Regulationsweise alle formalen und informellen Normen, Institutionen und Netzwerke, die dafür sorgen, dass das Verhalten der Menschen und der gesellschaftlichen Gruppen mit dem Akkumulationsregime kompatibel ist. Dies geschieht in «Übereinstimmung mit den jeweiligen sozialen Verhältnissen und durch die Widersprüche und den konfliktuellen Charakter zwischen den Akteuren und den gesellschaftlichen Gruppen hindurch» (Lipietz). Die Regulationsweise organisiert also nicht etwa eine harmonische Gesellschaft. Die Regelungen, Normen und Institutionen einer Regulationsweise sind Ausdruck eines Kompromisses zwischen subjektiven Vorstellungen und dem Akkumulationsimperativ. Regulation ist nicht gleich intendierter Regulierung, auch wenn letztere ein Bestandteil von Regulation ist. In die Regulation einer Phase gehen immer systemische, hinter dem Rücken der Akteure ablaufende Dynamiken ein. ⁸ Auch Frieder Otto Wolf, Frank Deppe, Dieter Klein u.a. halten dies zumindest für eine Übergangsphase für möglich. Allerdings sprechen auch eine Reihe von Autoren mit theoretischem Bezug zum Regulationsansatz wie z. B. Ulrich Brand, Christoph Görg oder Elmar Altwater jeglicher Regulation im Kapitalismus die Kapazität für eine ökologische Transformation ab, da Widersprüche wie richtungsblinde Wertvergesellschaftung, Wachstumsdruck etc. mit ihrer destruktiven Wirkung dominant bleiben werden.

Regulierung, mehr Gemeineigentum, erneuerte Formen der Solidarität, mehr Partizipation. Auf dieser Basis könne sich ein neues Akkumulationsregime, d. h. ein neuer Modus der Realisierung kapitalistischen Profits, der nicht mehr auf der Ausbeutung fossiler Brennstoffe und einer Übernutzung natürlicher Ressourcen funktioniert, herausbilden. Ähnlich – allerdings ohne theoretische Bezugnahme auf den Regulationsansatz – gestaltet sich der «Kapitalismus 3.0» mit einer «öko-fairen Marktwirtschaft», wie er in der aktualisierten Studie des Wuppertal-Instituts als notwendiger Ausweg ausgearbeitet und beworben wird.⁹ In der alternativen Regulation werden also eine Reihe von Tendenzen des modernen Kapitalismus so gezähmt, dass sie keinen (oder weniger) Schaden anrichten können:

- Wertvergesellschaftung wird insofern zurückgedrängt, als dass sie sozial und ökologisch reguliert werden soll.
- Die soziale Spaltung wird über eine geänderte Verteilung von Arbeit und Einkommen reduziert und hat nicht nur größere Verteilungsgerechtigkeit und eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs (weniger kompensatorischer und statusorientierter Konsum) zur Folge. Die gesteigerte Teilhabe mit der Folge einer höheren Massennachfrage fungiert auch als Sicherung der Kapitalakkumulation.¹⁰
- Die Individualisierung wird durch neue kommunale Formen (Gemeinschaftsarbeit) ergänzt, institutionell abgesichert durch neue Formen der bedingungslosen Grundversicherung.

POWER TO THE PEOPLE (3): POLITISCHE REGULIERUNG

Die Durchsetzung einer alternativen Regulation, einer (re) produktiven Ökonomie), einer «zweiten Moderne», erfordert «power to the people» als politische Macht zur gesamtgesellschaftlichen Regulierung. Dies kann z. B. die Erweiterung des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) sein, welches garantierte Vergütungen und die vorrangige Einspeisung in das Netz sichert. Die Vergütungssätze können so gestaltet werden, dass diejenigen erneuerbaren Stromerzeugungen, die gewünscht sind (z. B. Biomasse nur aus lokaler Umgebung) einen uneinholbaren Marktvorteil erhalten. Über die Art der Finanzierung kann zudem gleichzeitig mit der ökologischen auch eine soziale Komponente erreicht werden. Bei der jetzigen Regelung werden die Vergütungen per Umlage auf jeden Stromverbraucher – ob arm oder reich – umgelegt. Würde z. B. stattdessen diese Förderung erneuerbarer Energien über die Besteuerung hoher Gewinne erfolgen, wäre gleichzeitig mit der ökologischen Steuerung eine Umverteilung verbunden.

Eine Gleichzeitigkeit von ökologischer und sozialer Regulierung ließe sich auch mit dem Konzept eines Öko-Bonus (oder ökologisches Grundeinkommen) erreichen. Das Aufkommen einer (deutlich erhöhten, aber dann wirksamen) Öko-Steuer auf nicht erwünschte Substanzen und Verbräuche (im Falle der Energieerzeugung wären das vor allem CO₂, aber auch giftige Substanzen, Flächen, seltene Rohstoffe), wird gleichmäßig an die Bevölkerung zurück verteilt. Jeder Bürger erhält (z. B. am Jahresende) einen Betrag zurück, sozusagen ein «ökologisches Grundeinkommen». Nur Menschen mit überdurchschnittlichem Konsum müssen also im Saldo draufzahlen. Die Höhe einer Ökosteuer auf CO₂ korreliert im wesentlichen mit den Konsumvolumina der Menschen, da sie über

die Herstellungsketten in die Kosten der Endprodukte eingeht. Ärmere werden aufgrund ihres unterdurchschnittlichen Konsums gewinnen. Gleichzeitig spielt das persönliche Verschwendungsverhalten eine größere Rolle. Ein solches Modell wäre auch hervorragend im internationalen Rahmen geeignet, Ungleichheiten zu verringern und ökologisch zu steuern. Nicht zuletzt kann durch die Veränderung der Höhe einer solchen Steuer (oder kommunikativ geschickter: Eines ökologischen Grundeinkommens) auch das Wachstum gedrosselt werden, bis hin zur Schrumpfung, sollte sie sich als notwendig herausstellen.

Politische «people power» zur Regulierung umfasst aber nicht nur ökonomische Anreize zur Steuerung des Marktes, sondern auch Ordnungspolitik. Das kann eine Pflicht zum Anbieten von Sozialtarifen bzw. kostenloser Grundversorgung sein, die alle Anbieter betrifft. Das kann aber auch schlicht und einfach das Verbot bestimmter Formen von Energieerzeugung, deren besondere Schädlichkeit in einem gesellschaftsweiten Diskurs festgestellt worden ist, bedeuten (Atomenergie, Import von Biomasse aus der dritten Welt, zeitlich gestaffelter Kohleausstieg). Dies alles heißt allerdings auch: Kein Staat ist auch keine Lösung. In welchem Rahmen sonst sollen gesamtgesellschaftliche Regulierungen gefunden und durchgesetzt werden?

DREI MAL «POWER TO THE PEOPLE»

Die Aufgabe für eine moderne Linke besteht darin, die angesichts der ökologischen Krise drängenden Fundamentalkritiken am Kapitalismus bzw. der kapitalistischen Moderne aufzunehmen, ohne deren nützlichen, emanzipatorische Gehalte mit über Bord gehen zu lassen:

- Wie ist Wertvergesellschaftung, die von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen befreit, ohne sozialen Ausschluss und ökologische Blindheit denkbar?
- Auf welche Weise können die Vorteile einer Repräsentation durch Experten mit Partizipation und Selbstorganisation verbunden werden, die für ein nicht-herrschaftliches, nicht-technokratisches gesellschaftliches Naturverhältnis sorgen?
- Wie kann der Freiheitsgewinn der Individualisierung kombiniert werden mit den sozialen und ökologischen Vorteilen einer stärkeren Gemeinschaftsorientierung?
- Wie können Innovation und technologischer Wandel das Leben erleichtern, ohne in eine Wachstumsfalle zu geraten?

Es geht um die Verbindung von Ökologie, Sozialem und Emanzipation. «Power to the people» kann dazu beitragen, wenn sie in den drei Dimensionen kollektive Selbstorganisation, individuelle Nachfragemacht und politische Regulierung verstanden wird. Diese drei Ansprüche ergänzen sich nicht nur, sondern stützen sich gegenseitig.

Erst politische Regulierung, erst ökologische und soziale Rahmensetzung (z. B. ein Mindestlohn, Steuervorteile für die Erfüllung sozialer Kriterien¹¹) bringt die positiven Möglichkeiten eines Marktes vollständig zum Vorschein. Dann dominie-

⁹ BUND/EED (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Frankfurt a.M. 2008. ¹⁰ In eine ähnliche Richtung geht das Konzept des sozialen Ökokapitalismus von Rainer Land: Grundeinkommen mit Zugangsrechten zur Erwerbsarbeit soll eine neue soziale (postfordistische) Teilhabe sichern. (Ausführlicher in: Adler/Schachtschneider 2010). ¹¹ So eine aktuelle Idee von Christian Felber in: Die Gemeinwohl-Ökonomie. Wien 2010.

ren dort sinnvolle Innovation statt zwielichtige Erfindungen. Dann dominieren die Unternehmen, die ihre Produktion sinnvoll und effizient organisieren und nicht diejenigen, die ihren Vorteil durch Niedrigstlöhne und Naturverachtung suchen. Auch die kollektive Selbstorganisation in Genossenschaften wird umso eher erfolgreich sein können, wenn es politische Regulierungen des Energiemarktes gibt, wenn ökologische Energiegewinnung und eine soziale Preisgestaltung bevorzugt werden. Zu einer guten kollektiven Selbstorganisation wird eine Genossenschaft oder ein Stadtwerk um so eher, wenn sie auf einem liberalisierten Markt besteht. Sie sind dann gezwungen, in puncto Energieproduktion, Bürgerbeteiligung, Preisgestaltung eine echte Alternative zu sein zu rein kommerziellen Anbietern. Schlechte Staatsbetriebe oder Stadtwerke mit Zwangskunden haben wir schon erlebt, es geht um freie Kooperation. Erst die Kombination dieser drei «people power» führt zu einer solidarischen Mehrsektorenwirtschaft. Unternehmen können Kapitalverwertungsgesellschaften bleiben, sie sind aber unter gesellschaftliche Ziele untergeordnet. Dies vermeidet den falschen Schluss, Wirtschaft *direkt* dem Gesamtwillen der Gesellschaft unterzuordnen, eine Identität von gesellschaftlichen und individuellen Interessen zu erzeugen.¹²

WAS TUN?

«Power to the people» für neue Energie erfordert politische Eingriffe auf drei Ebenen:

- 1) Die Stützung von Genossenschaften
- 2) Die Sicherstellung der Wahlfreiheit (Diskriminierungsfreier Zugang für alle Anbieter und Nachfrager, keine marktbeherrschenden Stellungen)
- 3) Die soziale und ökologische Regulierung des Energiemarktes

Als Linke werden wir uns besonders um 1) und 3) kümmern müssen.

Oldenburg, September 2010

Dipl.-Ing. Dr. rer.pol. Ulrich Schachtschneider, Energieberater, freier Autor, Bildungsarbeiter u. v. m., Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ulrich.schachtschneider@gmx.de

¹² vgl. Michael Brie, Dieter Klein in: Sozialistische Kapitalverwertungsmaschine? In: Luxemburg 2/2010.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig. Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

STANDPUNKTE 2010

- 01/2010
INGEMAR LINDBERG: Muster der Solidarität
- 02/2010
DIETHELM WEIDEMANN: Der Konflikt in Afghanistan
- 03/2010
ARNE C. SEIFERT: Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politischdiplomatische Regelung in Afghanistan
- 04/2010
BIRGIT DAIBER , CORNELIA HILDEBRANDT:
Für eine fortgesetzte Emanzipation der Linken
- 05/2010
PETER BIRKE: Zwischen organizing und «sweetheart deals». Der Kampf um die Gewerkschaften in den USA
- 06/2010
LOTHAR BISKY: Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität
- 07/2010
PETRA SITTE, TOBIAS SCHULZE: Zurück in die Zukunft
- 08/2010
BERND HAHNFELD: Die NATO und die Atomwaffen
- 09/2010
ALEXANDER S. NEU: Linke Friedenspolitik und kollektive Sicherheit
- 10/2010
WOLFGANG WIPPERMANN: Politologentrug
- 11/2010
ARNE C. SEIFERT: Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum
- 12/2010
Anforderungen an deutsche Friedenspolitik
- 13/2010
PAUL SCHÄFER UND JERRY SOMMER: Plädoyer für eine andere Iran-Politik
- 14/2010
MARIO CANDEIAS: Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit
- 15/2010
ULRICH BUSCH: Die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990: Bedeutung, Vollzug und Folgen
- 16/2010
JÖRG ROESLER: Wie es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam
- 17/2010
ARMIN OSMANOVIC: Vom «Außenseiter» zum Mann des Establishments
- 18/2010
CLAUS-DIETER KÖNIG: Westafrika: «Wann werden die Schönen geboren?»
- 19/2010
ULLA LÖTZER: Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken
- 20/2010
HUBERT LAITKO: Die Sozialismuskonzeption Robert Havemanns im Wandel
- 21/2010
Bürogemeinschaft nine2five: Von der Weisheit der Vielen zur Organisierung der Unorganisierbaren
- 22/2010
RAINER RILLING: Welche politische Krise?
- 23/2010
FIROZE MANJI: Afrikas Entwicklung nach Kolonialismus und nationaler Befreiung
- 24/2010
BODO RAMELOW: Es ist an der Zeit!
- 25/2010
RICHARD HEIGL: Das Unbehagen am Staat
- 26/2010
YVONNE PLOETZ, STEFAN KALMRING:
Die Umweltkatastrophe am Golf von Mexiko und die ökologische Krise der bürgerlichen Moderne
- 27/2010
JUDITH DELLHEIM: Statt «pro oder contra Wachstum» den sozialökologischen Umbau einleiten!
- 28/2010
Auto.Kämpfe.Global.
- 29/2010
KARL OTTO HENSELING: Die große Transformation
- 30/2010
Auto.Mobil.Alternativen